

BZ-Stadt Bern

Demoreglement

Neues Druckmittel unter Druck

Alles hat ein Ende, und wenn alles gut läuft, gilt das auch für die Diskussion um die Totalrevision des Reglements über Kundgebungen auf öffentlichem Grund. Umstritten bleibt der Artikel zur Auflösungspflicht.

«Die Diskussion um die Revision des Demoreglements ist sachlicher geworden», sagte SP-Stadtrat Thomas Göttin gestern auf Anfrage. In zehn Tagen wird die Vorlage im Stadtrat diskutiert. Dreimal seit dem Frühling 2004 wurde das Reglement überarbeitet - und gebodigt. Göttin, Präsident der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU), zeigt sich nun zuversichtlich beim vierten Anlauf. «Die Emotionen haben sich geglättet», meint er.

Es zeichnet sich ab, dass die Vorlage nun nach langem Hin und Her zwischen Kommission und Gemeinderat eine mehrheitsfähige Kontur erhalten hat. In der aktuellen Formulierung werden die Organisatoren vermehrt verpflichtet, Ansprechpartner für die Polizei zu bestimmen und für einen eigenen Ordnungsdienst zu sorgen.

«Praxisgerecht»

Umstritten bleibt die Bestimmung zur «Auflösungspflicht»: Will die Polizei eine Kundgebung im Interesse der öffentlichen Sicherheit auflösen, sind die Demonstranten verpflichtet, «sich unverzüglich von der Kundgebung zu entfernen».

«Die Auflösung einer Kundgebung ist an hohe Anforderungen geknüpft», steht im Kommentar zum Reglement. Entsprechend sieht die Stadtregierung im neuen Artikel lediglich ein «mildes Druckmittel». Der Gemeinderat befürwortet diese Bestimmung, denn damit müsse die Polizei nicht abwarten, bis die Situation eskaliert. Der Polizei würden dadurch keine weiteren Mittel in die Hände gegeben. Auch eine Vorverlagerung der Strafbarkeit erfolge nicht. Es geht laut dem Gemeinderat nur darum, dass «die Polizei im Interesse der Betroffenen und Beteiligten rascher und unkomplizierter und damit praxisgerechter tun kann, was sie ohnehin darf». Das gilt bei Einschreitungen, wenn Wurfgegenstände und Schlagmaterial gesammelt und Abschränkungen demontiert werden oder Demonstranten sich verummern.

«Überflüssig»

Corinne Mathieu, SP-Mitglied der FSU, bezeichnet die Bestimmung als Illusion. «Es ist naiv, zu glauben, das Ganze so mehr in den Griff zu kriegen», sagt sie dezidiert. Den erweiterten Spielraum für die Polizei betrachtet sie als «komplett überflüssig». Die Gefahr bestehe, dass friedliche Demonstranten, die sich in der Nähe von Chaoten aufhielten, ebenfalls in polizeiliche Kontrolle gerieten. Die rot-grünen Mitglieder der Kommission haben den Artikel abgelehnt.

Anders bei den Bürgerlichen: «Wir sind klar für solche Eingriffsmöglichkeiten», sagt etwa FDP-Mann Ueli Haudenschild. «Wir werden die Streichung nicht schlucken», kündigt er kampflustig an. Aber eine Niederlage sieht er voraus. «In diesem Fall werden wir versuchen, das Beste daraus zu machen», meint Haudenschild. Thomas Göttin bestätigt dessen Einschätzung: Angesichts ihrer Zusammensetzung wird die Kommission die Ablehnung des entsprechenden Artikels empfehlen. Dass auch der Stadtrat den Artikel ablehnt, ist daher absehbar.

Hannah Einhaus **Tomas Wüthrich**

Demonstration auf dem Bundesplatz. Der lange Streit um das Demoreglement soll bald ein Ende haben.